

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

13. - 19. Januar 2024

In einer Pressekonferenz am 16. Januar legte Staatspräsident seine Pläne für die „Wiederbewaffnung der französischen Gesellschaft“ vor. Macron sprach sich dafür aus, die Nationalhymne bereits in der ersten Klasse zu lernen. Außerdem könnte 2026 die Schuluniform eingeführt werden, wenn ein Testlauf in rund hundert Schulen eine hohe Akzeptanz erfährt. Der bisher auf freiwilliger Basis angebotene Universelle Nationaldienst (SNU) soll in der neunten Klasse für alle zur Pflicht werden. Zu den großen Ankündigungen der Pressekonferenz zählt auch die Offensive zur „demographischen Wiederbewaffnung“; vorgesehen ist eine auf sechs Monate verkürzte, jedoch besser bezahlte neue Elternzeit.

Die Abgeordneten des Rechtsausschusses der Nationalversammlung stimmten am 17. Januar der Verankerung der „garantierten Freiheit“ einer Frau, einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, in der Verfassung zu. Der Entwurf der Verfassungsreform wird am 24. Januar in der Nationalversammlung diskutiert, bevor er in den Senat geht. Sollte das Oberhaus die Vorlage im gleichen Wortlaut verabschieden, was derzeit ungewiss ist, wird am 5. März der Kongress aus Senatoren und Abgeordneten in Versailles einberufen. Für eine endgültige Verabschiedung sind drei Fünftel der Stimmen erforderlich.

Einige Monate vor den Olympischen Spielen wächst die Wut in den Reihen der Polizei. Die beiden Polizeigewerkschaften Alliance und Unsa-Police organisierten am 18. Januar einen „schwarzen Donnerstag“. Die Polizisten fordern insbesondere Garantien für den Anspruch auf Sommerurlaub, Prämien von bis zu 2.000 Euro für alle Polizeibeamten und eine Unterstützung für die Betreuung und Versorgung von Kindern während der Olympischen Spiele.

Nach dem verheerenden Zyklon Belal wurden auf La Réunion drei Tote vom französischen Innenministerium vermeldet. Die Alarmstufe rot wurde für die Überseeinsel am 16. Januar aufgehoben. Nach Angaben des Präfekten von La Réunion waren 42% der Haushalte komplett vom Internet abgeschnitten, 40% der Sendemasten sind außer Betrieb und 32% der Haushalte haben keinen Strom. Der französische Innenminister Gérald Darmanin reiste am 16. Januar nach La Réunion, um die Lage vor Ort zu bewerten.

Die Lehrer-Gewerkschaft SNAPEN (Syndicat national des agents publics de l'Education nationale) reichte am 16. Januar Klage gegen die Bildungsministerin Amélie Oudéa-Castéra und ihre Äußerungen ein, mit denen sie den Privatschulbesuch ihrer Kinder rechtfertigte. Amélie Oudéa-Castéra hatte angegeben, ihre Kinder aufgrund zahlreicher Fehlstunden von Lehrern aus dem öffentlichen Schulsystem genommen zu haben. Die Klage „zielt darauf ab, diese Äußerungen zu sanktionieren, die den Ruf der Beamten schädigen und ganz allgemein den Respekt durchzusetzen, den die Minister den Beamten schulden“, kommentierte Gérard Lenfant, Vorsitzender der SNAPEN.

Frankreich wird bis Ende 2024 „3000 Granaten pro Monat“ an die Ukraine liefern. In einem Interview am 17. Januar verteidigte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu die französische Kriegswirtschaft und kritisierte u.a. die „weder zuverlässigen noch tragfähigen“ Zahlen des Kieler Instituts zu Waffenlieferungen an die Ukraine. Lecornu verwies auch auf die Ankündigung von Staatspräsident Emmanuel Macron, Kiew rund 40 SCALP-Luft-Boden-Raketen überlassen zu wollen.

Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu hat am 18. Januar in Anwesenheit von seinem ukrainischen Amtskollegen Roustem Oumerov die Koalition „Artillerie für die Ukraine“ ins Leben gerufen. Sie zielt darauf ab, die militärische Unterstützung für Kiew sowohl kurz- als auch langfristig zu verstärken. Der Minister kündigte außerdem an, dass Frankreich in den nächsten Wochen 6 Caesars liefern werde und in der Lage sei, bis 2024 weitere 72 Caesars für die Ukraine zu produzieren. Die neue Arbeitsgruppe ist Teil der „Fähigkeitskoalitionen“, die im Oktober 2023 von der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine, auch Ramstein-Gruppe genannt, beschlossen wurden, die die Beiträge der rund 50 mit Kiew verbündeten Länder koordiniert.

Der französische Präsident Emmanuel Macron, der zum ersten Mal seit 2018 am Weltwirtschaftsforum in Davos teilnahm, pries die eigenen Wirtschaftsreformen an und stellte seine Ambitionen für die Europäische Union vor. Macron sprach sich u.a. für neue gemeinsame europäische Anleihen aus, um in die „großen Prioritäten der Zukunft“ zu investieren. Angesichts der massiven Anstrengungen der USA und China im Bereich der künstlichen Intelligenz sei es sinnvoll, dass die EU wieder gemeinsame Schulden aufnehme, um zukunftsfähig zu bleiben.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die neue Kulturministerin Rachida Dati gibt ihre Funktion als Vorsitzende der Pariser Opposition in der Gruppe Changer Paris (Les Républicains) auf, bleibt aber Bürgermeisterin des 7. Arrondissements der Hauptstadt. Dati bestätigte zudem am 17. Januar, dass sie 2026 im Rahmen der Kommunalwahlen in Paris als Kandidatin antreten will. Der Parteivorsitzende der Républicains, Eric Ciotti, reagierte prompt und stellte einen Gegenkandidaten aus dem bürgerlich-konservativen Lager in Aussicht.

3	4	7
0	8	5
2	3	6
5	1	2
7	9	1
4	2	6
8	0	1
9	2	6

DIE ZAHL DER WOCHE

Im Département Alpes-Maritimes wurden im Jahr 2023 mehr als 44.000 Festnahmen illegal Eingewanderter an der französisch-italienischen Grenze vorgenommen. Die Zahl ist im Vergleich zu 2022 um 10,64% gestiegen. Von den aufgegriffenen Personen wurden 33.429 zurückgewiesen, d. h. auf die italienische Seite nach Ventimiglia zurückgeschickt. Die von der ehemaligen Premierministerin Élisabeth Borne vorangebrachte Bildung einer „Border Force“ mit Soldaten der Militäreinheit Sentinelle konnte den Druck auf das Grenzgebiet kurzfristig verringern; die Ankunft von 11.500 Migranten auf der Insel Lampedusa im September 2023 sorgte jedoch erneut für Spannungen zwischen Frankreich und Italien. Innenminister Gérald Darmanin war 2023 zweimal an die Grenze gereist, um die französischen Ordnungskräfte zu unterstützen.